



DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

11. November 2011

Preis: 0,50 €



Internationalistische Kommunistische Vereinigung (Trotzkisten)



Der Kapitalismus stürzt uns in den Abgrund!

Innerhalb einer Woche hat der Druck von Merkel und Sarkozy, von Banken und Konzernen gleich zu zwei neuen Regierungen in Europa geführt: in Griechenland und Italien. In beiden Ländern tritt die neue Regierung mit dem gleichen Programm an: Sie will – noch härter und noch schneller als ihr Vorgänger – bei der Bevölkerung sparen.

Uns versucht man zu erzählen, das sei richtig so. Die ganze Euro-Krise gäbe es nur deshalb, weil „die Südeuropäer“ über ihre Verhältnisse gelebt hätten und heute nicht genug sparen würden. Über ihre Verhältnisse gelebt? Das haben sicher die paar Millionäre und Milliardäre dort sowie hohe Staatsbeamte, die ihr Gehalt mit Korruption aufbessern. Doch bei all denjenigen, die (nur) von ihrer Arbeit, von Lohn oder Rente leben, ist diese Behauptung eine unverschämte Lüge.

Es sind nicht die griechischen und italienischen Arbeiter und Rentner, die die gigantischen Schulden gemacht oder von ihnen profitiert haben. Doch auf ihrem Rücken soll nun skrupellos gespart werden, um die Zinsen dieser Staatsschulden zu bezahlen, an denen sich die großen Banken eine goldene Nase verdienen. Um also diese Banken, allen voran die deutschen und französischen Banken zu retten, sollen die Arbeitenden immer weiter in den Abgrund gestürzt werden.

In Griechenland haben diese Einsparungen schon nach einem Jahr erschreckende Folgen: Die Arbeitslosigkeit hat sich verdoppelt. Löhne und Renten sind um 20% und mehr gesunken. Tausende mussten Athen verlassen, weil sie ihre Miete nicht mehr bezahlen können. In den Krankenhäusern werden die Medikamente knapp, weil man 40% des Budgets für Krankenhäuser gestrichen

hat. Und nun sollen weitere Sparmaßnahmen die Lage noch mehr verschlechtern! Dabei ist so offensichtlich, dass all diese fürchterlichen Sparpläne die Krise nur verschlimmern.

Die Krise ist nicht die Krise eines Landes. Sie ist auch keine Euro-Krise, sondern sie ist eine weltweite Krise. Wir brauchen doch nur in die USA zu gucken. Hier, wie in zahlreichen anderen Ländern der Welt, protestieren seit Wochen tausende Menschen gegen Sparpläne und Massenarbeitslosigkeit, mit denen die einfache Bevölkerung weltweit die Krise bezahlen soll.



Krisenproteste in den USA
Nein, die heutige Krise ist keine „Euro-Krise“, sondern eine weltweite Krise... des Kapitalismus!

Ja, es ist eine weltweite Krise der gesamten Wirtschaft ist. Einer Wirtschaft, in der alle Kapitalisten, alle Konzerne und Banken ihre Milliarden lieber in die Spekulation stecken, statt in Arbeitsplätze, Löhne und Produktion – weil sie mit der Spekulation mehr Gewinn machen können.

Mit ihrer Spekulation verursachen sie eine Krise nach der anderen. Und jedes Mal lassen sie sich dann von den Staaten retten, die sich dafür immer weiter verschulden... während die Kapitalisten schon von Neuem spekulieren.

Dafür, für diese Parasiten soll sich die arbeitende Bevölkerung immer weiter ausplündern lassen!

Heute trifft es die Arbeitenden in Griechenland am härtesten. Doch auch in Deutschland sollen wir seit Jahren aus diesem Grund in den Betrieben, in den Städten und im Staat Verschlechterungen akzeptieren.

Und wie lange wird es dauern, bis Merkel oder ihr Nachfolger auch uns erzählen, dass wir mit 8 Euro Stundenlohn über unseren Verhältnissen leben? Dass es ein unbezahlbarer Luxus wäre, kostenlose Schulen oder ein Zwei-Bett-Zimmer im Krankenhaus zu haben? Dass wir unverantwortliche Egoisten wären und die Wirtschaft in Gefahr brächten, weil wir nicht 60 Stunden die Woche arbeiten wollen?

Wir Arbeitenden dürfen uns auf diese Erpressung nicht einlassen. Das ist ein Fass ohne Boden. Zu Recht wehren sich die Arbeitenden in Griechenland seit Monaten immer wieder mit Streiks und Demonstrationen gegen ihre Verelendung.

Wir Arbeitenden sind nicht für die Krise verantwortlich – in keinem Land. Wir sind nur für eins verantwortlich, und das wird uns keiner abnehmen: Wir müssen es schaffen, gegen diese Parasiten und Ausbeuter gemeinsam unsere Existenz, unsere Interessen zu verteidigen.

Das sind an erster Stelle unsere Arbeitsplätze und Löhne. Wir müssen es schaffen, das Verbot von Massenentlassungen durchzusetzen. Wir müssen durchsetzen, dass die vorhandene Arbeit ohne Lohnverlust unter Allen aufgeteilt wird, so dass jeder einen unbefristeten Arbeitsplatz hat und zwar zu einem Lohn, von dem man vernünftig leben kann. Und damit der auch so bleibt, ist es notwendig, dass die Löhne an die Preise gekoppelt werden und automatisch mit den Preisen mitsteigen.

Sie sind ein Teil von uns!

Am liebsten verschweigen und vergessen sie es. Doch am 50. Jahrestag des Anwerbeabkommens mit der Türkei kamen auch die Politiker nicht drum herum zu erwähnen, wie wichtig die Millionen Arbeiter waren, die die Industrie aus Italien, Jugoslawien oder der Türkei nach Deutschland geholt hat. Sie haben die Autos und Haushaltsgeräte hergestellt, haben die Krankenhausbetten und Straßen gefegt. Ohne sie hätte es das „deutsche Wirtschaftswunder“ nicht gegeben.

In den 50er und 60er Jahren hatten in Deutschland nämlich bereits alle einen Job, und die Industrie fand niemanden

mehr, um an ihren Hochöfen und Fließbändern zu stehen oder Wände hochzuziehen. In ihrer Not durchkämmten sie die halbe Welt und holten die qualifiziertesten, jüngsten und gesündesten Arbeiter aus der Türkei, aus Portugal oder Marokko. Schnell wurden sie unersetzlich, sodass die Firmen schließlich alles taten, damit die angelernten und zuverlässigen Arbeiter dauerhaft in Deutschland blieben.

Gedankt hat man es ihnen nicht. Sie mussten die härtesten, dreckigsten, gefährlichsten und monotonsten Arbeiten machen – zu deutlich schlechteren Löhnen. In den ersten Jahren wurden

sie außerdem in Baracken und Abbruchhäusern zusammengepfercht oder, umgeben von Stacheldrahtzaun, in umgebauten Lagern auf den Werksgebieten der Unternehmen.

Und als in den 70er Jahren die Krise begann, waren sie die ersten, die von den Unternehmen auf die Straße gesetzt wurden. Schon 1980 war die Arbeitslosenquote unter Ausländern um ein Fünftel höher als bei Deutschen.

Die ausländischen Kollegen waren die ersten Opfer der Krise und der Massenarbeitslosigkeit. Doch die Politiker stellen sie sogar noch als Verursacher der Arbeitslosigkeit dar.

50 Cent pro Stunde? Nicht mit uns!



20.000 Euro Lohn wurde 8 Bauarbeitern aus Polen auf der Baustelle vom ehemaligen C&A-Haus in Essen vorenthalten – die 20.000 Euro haben sie sich nun mit ihren Protesten erkämpft.

Im September und Oktober arbeiteten die 8 Trockenbauer für den Bauunternehmer Hegerath aus Moers auf der Essener Baustelle. Statt des zugesag-

ten Lohns bekamen sie nur unverschämte 50 Cent pro Stunde. Das konnten und wollten sie sich nicht gefallen lassen.

Sie gingen zur Polizei, sie gingen zum Zoll. Doch niemand half ihnen. Auch nicht, als der Bauunternehmer sie einfach auf die Straße setzte.

Sie hatten kein Geld für Unterkunft, für Nahrung oder um nach Hause, nach Polen zurückfahren zu können... bis sie mit Unterstützung der Gewerkschaft die Sache selber in die Hand genommen haben.

Ende Oktober veranstalteten sie einen Protestzug durch die Essener Innenstadt und stürmten wütend eine Pressekonferenz des Bauunternehmers. Lautstark verschafften sie sich Gehör und siehe da, auf einmal war der Unternehmer bereit, das Geld zu zahlen.

Wir aber erleben in den Betrieben, wie es wirklich ist: Wir arbeiten hier Seite an Seite mit unseren Kollegen aus allen Ländern, halten gemeinsam die Fabriken, Krankenhäuser, Kaufhäuser am Laufen.

Und diejenigen, die uns dabei das Leben schwer machen und schaden, das sind die Unternehmer und die Regierungen. Die nämlich machen seit Jahren nichts anderes, als ständig zu entlassen, unsere Löhne zu kürzen, feste Jobs durch Leiharbeit und Minijobs zu ersetzen. Sie verursachen die Massenarbeitslosigkeit und die Armut!

Doch sie machen unsere Brüder und Schwestern türkischer oder arabischer Herkunft zu Sündenböcken, um von ihrer Verantwortung abzulenken und damit schon die nächsten Verschlechterungen für uns alle vorzubereiten. Deshalb ist jede Hetze und jeder Angriff gegen einen Teil der Arbeitenden immer ein Angriff auf uns alle.

Opel: Aufbau statt Abbau!

Erst hat Opel in Bochum 1800 Arbeitsplätze abgebaut, angeblich weil nicht mehr so viel zu tun sei. Jetzt aber fährt Opel seine Produktion drastisch nach oben und alle Übriggebliebenen sollen Überstunden machen und am Wochenende arbeiten! Kurzfristig hat das Arbeitsamt dies verboten. Denn 500 Kollegen sind in Kurzarbeit. Sie gehören zu den 1800, werden aber erst zum 1. März entlassen. Opel musste sie nun aus der Kurzarbeit zurückholen.

Doch am 1. März sind die Kollegen entlassen. Und dann, so plant Opel, sollen die übriggebliebenen Kollegen endgültig noch mehr Stress haben, Überstunden und Wochenendschichten machen. Und wenn das nicht reicht, kommen Leiharbeiter. Es gibt keinen Grund, warum die Arbeiter diesen Irrsinn hinnehmen sollten. Opel muss die abgebauten Arbeitsplätze... wieder aufbauen!

Geld gefunden

Ganz offen hat der Milliardär Warren Buffet zugegeben: Er zahlt mit seinem Vermögen von mehr als 50 Milliarden Dollar einen niedrigeren Steuersatz als seine Sekretärin!

Ja, bei all den Milliardären und Millionären schlummert das Geld, das in den öffentlichen Kassen für all die vielen nützlichen Dinge fehlt – auch in Deutschland.

Was brauchen die Arbeitenden angesichts der Krise?

Viel Lob bekam die IG Metall bei ihrem Gewerkschaftstag im Oktober. Arbeitgeber lobten, dass die IG Metall die Zeit des Klassenkampfes hinter sich habe und man wirklich konstruktiv zusammenarbeiten könne. Auch Bundeskanzlerin Merkel erklärte, die Regierung habe im Vorsitzenden „Herrn Huber und der ganzen IG Metall einen verlässlichen Ansprechpartner“.

Leider hat sich die IG-Metall-Führung dieses Lob verdient. In der Krise 2008/2009 war sie es, die Lohnverzicht zur „Rettung“ der Unternehmen gepredigt hat mit dem Argument: „Dem Unternehmen muss es gut gehen, damit es den Arbeitern gut gehen kann.“

Sie hat sich für die Abwrackprämie, für Kurzarbeit und weitere Rettungspakete für die Unternehmen eingesetzt. Sie hat also gefordert, dass Konzernen wie Daimler, ThyssenKrupp und VW Milliarden öffentlicher Gelder geschenkt werden – öffentliche Gelder, die dann zwangsläufig für die Rentner, die Arbeitslosen, die Beschäftigten der Kitas und Krankenhäuser fehlen.

Letztendlich läuft die Politik der IG-Metall-Führung darauf hinaus, die Arbeitenden verschiedener Branchen zu spalten und die gefährliche Idee zu vermitteln, dass Arbeiter und Unternehmer in einem Boot sitzen würden.

In Wahrheit aber führen die Kapitalisten Krieg gegen die Arbeiterklasse, und zwar gegen alle Teile der Arbeiterklasse: gegen die Arbeitenden, die

Arbeitslosen, die Rentner. Sie senken unsere Löhne, entlassen uns, machen uns zu Zeitarbeitern. Sie plündern den Staat aus und hinterlassen uns die Schulden. Dadurch machen sie ihre Milliardenvermögen, deshalb geht es ihnen so gut – sogar in der Krise. Uns aber wollen sie weismachen, all dies wäre auch in unserem Interesse... damit wir uns ja nicht dagegen wehren.

Für die Arbeiterklasse ist es lebenswichtig, dass sie auf diese Kriegslust nicht hereinfällt. Uns muss klar sein, dass Arbeiter und Unternehmer NIE in einem Boot sitzen. Wir werden uns nur dann gegen die Abwärtsspirale stemmen können, wenn wir gegen die Kapitalisten und ihre Regierung kämpfen, wenn wir mit großen, entschlossenen Kämpfen unsere Interessen verteidigen.

Dafür müssen wir viele sein, und wir müssen zusammenhalten. Deshalb dürfen wir uns nicht spalten lassen in Arbeitende verschiedener Branchen, in

Festangestellte und Leiharbeiter, in Arbeiter mit und ohne deutschen Pass, in Arbeitende mit oder ohne Job: Wir haben alle ähnliche Probleme und gemeinsame Interessen. Und wir haben nur eine Chance, wenn wir gemeinsame Forderungen aufstellen und uns gemeinsam verteidigen.

Es ist notwendig, dass es Aktivisten gibt, die schon heute und während solcher Kämpfe Forderungen aufzeigen, deren Durchsetzung wirklich unserer aller Lebensbedingungen verbessern und das Kräfteverhältnis wieder zugunsten der Arbeitenden verändern kann.

Und vielleicht werden aus solchen Kämpfen, zusammen mit den vielen ehrlichen, engagierten Gewerkschaftern an der Basis, auch wieder wirkliche Gewerkschaften entstehen – Gewerkschaften, die dieses Namens würdig sind, weil sie immer die wirtschaftlichen und sozialen Interessen der gesamten Arbeiterklasse verteidigen.

Erdbeben und Profitgier, eine tödliche Mischung



Weit über 600 Menschen sind bei dem Erdbeben und den Nachbeben gestorben, die seit dem 23. Oktober die kurdische Provinz Van im Osten der Türkei erschüttern. Tausende sind verletzt, ein Großteil der Häuser ist zerstört.

Dass das Erdbeben der Stärke 7,2 so viele Opfer gefordert hat, das haben vor allem die Baukonzerne verschuldet: Sie haben bei allem betrogen, haben in diesem Risikogebiet für Erdbeben in den meisten Wohnhäusern billigen und schlechten Zement und Stahl verbaut, haben beim Fundament

gespart. Die Behörden verschlossen die Augen, denn für sie hatten die Baufirmen immer ein kleines „Geschenk“ dabei.

Seit Jahren ist die mörderische Gefahr bekannt, die der Bevölkerung in der ganzen Türkei durch die verbrecherischen Baukonzerne und die Korruption der Behörden droht. Doch dieselbe Regierung, die gegen jede kurdische Guerilla sofort mit massivem Einsatz vorgeht, rührt bei dieser wirklichen Bedrohung für die ärmere Bevölkerung der Türkei nicht einen Finger.

Spiele zu teuer?

50 Spielplätze – das heißt jeder 10. Spielplatz – wird in Essen geschlossen. Diese Sparmaßnahme trifft gerade Kinder aus Familien, die keinen eigenen Garten und wenig teures Spielzeug haben. Ihnen werden nun weitere Orte genommen, wo sie sich an der frischen Luft austoben und mit anderen Kindern spielen können.

Es geht hier nur um winzige Summen. Doch wenn es um die Kinder der einfachen Bevölkerung geht, sind der Stadt selbst solche winzigen Beträge schon „zu viel“.

Ihr Mindestlohn – ein Armutslohn!

War es die Absicht der CDU, mit dem Mindestlohn als Partei dazustehen, die an die Interessen der Arbeitenden denkt? Wenn ja, ist dieser Versuch jetzt schon gescheitert. Der „Mindestlohn“ der CDU beweist nur wieder einmal, dass die Arbeiter nicht das Mindeste von ihr zu erwarten haben.

Ein Teil der CDU will einen einheitlichen Mindestlohn von... höchstens (!) 7,79 Euro in der Stunde. Das sind bei einer 40-Stunden-Woche nur knapp über 900 Euro Netto. Schon heute können hunderttausende Putzfrauen, Pflegekräfte oder Sicherheitsleute ein Lied davon singen, wie man mit „Mindestlöhnen“ von solcher Höhe leben kann: nämlich gar nicht! Es bedeutet ein Leben auf HartzIV-Niveau, bei dem man trotz 40 Stunden Arbeit nicht einmal das Nötigste für seine Familie bezahlen kann.

Das ist kein Mindestlohn, sondern ein Armutslohn. Doch selbst das ist Angela Merkel und dem anderen Teil der CDU noch zu viel. Sie will für jede Branche und für jedes Bundesland einen unterschiedlichen Mindestlohn, damit man auch ja weiter den Frisörinnen in Sachsen 4,50 Euro oder Paketdiensten in NRW 6 Euro zahlen kann.

Und während sich die CDU ernsthaft darüber streitet, dass selbst der mickrige Lohn von 7,79 Euro noch zu hoch und „unmöglich“ sei, steigen die Preise. Der Strom wird teurer, das Essen wird teurer, der Sprit wird teurer...

Wie man es dreht und wendet, es läuft immer auf das Gleiche hinaus: Wir sollen es als normal hinnehmen, dass immer mehr von uns Löhne bekommen, die zwangsläufig Armut bedeuten. Alles andere wäre „unmöglich“, „unbezahlbar“.

Unmöglich? Von wegen. Wir leben in einem der reichsten Länder der Welt, in dem die Zahl der Millionäre und Milliardenäre und deren Profite immer weiter steigen. Und mit diesen Milliarden wissen sie nichts besseres anzufangen, als an der Börse zu spekulieren.

Wir Arbeitenden hingegen sind es, die alles Nützliche in dieser Gesellschaft machen: Wir bauen die Häuser und Autos, wir putzen die Krankenhäuser und fahren die Lebensmittel, wir pflegen die Parks und entsorgen den Müll. Warum sollten wir, die nützlichen Glieder dieser Gesellschaft, uns mit einem Leben in Armut zufrieden geben, während diese Parasiten von großen Aktionären mit dem Reichtum um sich werfen, den wir geschaffen haben?



Wir arbeiten hart, 6, 8, teilweise 10 Stunden am Tag. Wir geben den Großteil unserer Lebenszeit für diese Arbeit hin. Wir haben ein selbstverständliches Anrecht darauf, dass wir davon dann auch leben können.

Und leben bedeutet nicht überleben. Leben bedeutet, dass man sorgenfrei seine festen Kosten bezahlen kann, nicht bei den Lebensmitteln sparen muss, dass man mit seinen Kindern regelmäßig in den Urlaub fahren kann und in der Freizeit weggehen und Hobbys bezahlen kann, ohne dass einen die nächste Rechnung der Autowerkstatt oder die Stromnachzahlung aus der Bahn wirft.

Damit unsere Löhne außerdem nicht von alleine wieder zusammenschmelzen, müssen sie an die Preise gekoppelt werden und automatisch steigen, wenn die Preise steigen.

Und wenn die Unternehmen und die Regierung nicht in der Lage sind, den Arbeitenden selbst in einem der reichsten Länder der Welt solche grundlegenden Lebensbedingungen zu ermöglichen, dann sollten sie vielleicht besser abdanken... und zu ihren Mindestlöhnen arbeiten gehen.

Streik gegen die Mauer



Seit zweieinhalb Monaten, seit dem 18. August streiken Beschäftigte der drei Pflegeheime der Firma Alpenland in Ostberlin. Sie kämpfen vor allem dafür, dass sie endlich denselben Lohn und Tarifvertrag bekommen wie ihre Kollegen in West-Berlin. 21 Jahre nach der Wiedervereinigung verdienen sie nämlich noch bis zu mehreren hundert Euro weniger als ihre Kollegen derselben Firma, derselben Stadt, aber... auf der anderen Seite der Mauer.

Das also verstehen Kapitalisten unter Wiedervereinigung: Die Kapitalisten können die Arbeitenden auf beiden Seiten ausbeuten, für sie ist die Mauer weg. Aber für die Arbeitenden gibt es sie weiterhin.

Unsere Schuldenkrise

2010 mussten so viele Menschen wie noch nie Privatinsolvenz anmelden, weil sie unrettbar überschuldet waren. Die meisten Menschen sind in diese verzweifelte Lage geraten, weil sie arbeitslos wurden.

Die sinkenden Löhne helfen auch nicht gerade. Alle Löhne sind gesunken. Doch gerade die niedrigsten Löhne sind brutal abgestürzt, um über 20%. Wer vor zehn Jahren noch 800 Euro bekam, bekommt heute im Schnitt nur noch 614 Euro – und muss davon noch die höheren Preise zahlen! Wie viele kommen da nur bis zum Monatsende, indem sie Schulden machen?

Das ist unsere Schuldenkrise, die Schuldenkrise der arbeitenden Bevölkerung. Und wir brauchen keine tausend Gipfel, um für sie eine Lösung zu finden. Die liegt auf der Hand: Wir brauchen feste Arbeitsplätze und ausreichende Löhne für alle!

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH -

Postfach 10 08 02 - 45008 Essen

E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de

Telefon: 0157 – 76493485